



„Wieso nicht einmal mit der Spitex zusammensitzen?“

SPARPAKETE An allen Ecken und Enden, vor allem aber am Sozialbereich hätte im Kanton Bern im Rahmen der letztjährigen Sparübung gekürzt werden sollen. Einige auch in der Sozialen Arbeit tätige Personen organisierten ohne grössere Mithilfe von Parteien und Gewerkschaften eine beeindruckende Demonstration. Paula (Name geändert) organisierte mit. Wir trafen Sie und sprachen mit ihr über die Kürzungen im Kanton Bern und den Widerstand aus der Bevölkerung.

Kriso: Ihr wart eine kleinere Gruppe von Personen und habt zusammen eine Demo gegen die Kürzungen im Kanton Bern organisiert. Wie hat sich diese Gruppe zusammengestellt, und wie ging das vonstatten?

Paula: Der Prozess begann bei einem Küchentischgespräch. Wir waren wütend darüber, dass derart drastische Kürzungen vorgeschlagen wurden und sowohl von den grossen Parteien, den Gewerkschaften als auch von anderen Institutionen überhaupt keine Resonanz darauf kam. Alle diese nahmen eine sehr abwartende Haltung ein und beriefen sich immer darauf, dass noch gar nichts entschieden sei. Das mag auch damit zusammenhängen, dass man sich im sozialen Bereich ans Kürzen gewohnt hat. Nur einzelne kleinere Institutionen haben ihren Bereich öffentlich thematisiert, etwa kleinere Institutionen im Behindertenbereich. Auch die Avenir Social hat eine kleinere Aktion unterstützt. Wir dachten, dass das doch nicht ausreicht: Man müsste etwas Gesamthafes gegen das Sparpaket organisieren, auch weil es alle betrifft. In meinem Umfeld sind viele Leute politisch aktiv, so haben wir beschlossen, den Versuch einer Mobilisierung zu lancieren. Wir haben in der Folge zu einer „breiteren Sitzung“ eingeladen, es kamen dann aber nur vier Personen. Wir waren nahe daran, die Sache wieder abzublauen, haben uns dann aber dagegen entschieden. So haben wir aber unsere Ansprüche an die Mobilisierung nach unten geschraubt. So begann das also.

Kriso: Kenntet Ihr OrganisatorInnen euch ursprünglich aus dem Sozialbereich, also von der Arbeit oder aus politisierten Zusammenhängen von Bern?

Paula: Wir sind nicht alle im sozialen Bereich tätig, mehrheitlich aber schon. Manche von uns sind aber tatsächlich in verschiedenen politischen Zusammenhängen tätig. Wir organisierten diese Demo für die breite Bevölkerung und so verlief auch unsere Argumentationslinie: Die Kürzungen betreffen ja tatsächlich alle und nicht nur ein paar Kleingruppen. So etwa wenn Du eine Grossmutter hast, die von der Spitex gepflegt wird oder im Falle von psychisch beeinträchtigten Verwandte oder Bekannten... Auch daher schlossen sich später noch mehr Leute an, welche nicht im Sozialbereich tätig sind.

Kriso: Und wie wart ihr zufrieden? Hat die Mobilisierung seine Ziele erreicht?

Paula: Wenn man die Resultate im Grossen Rat anschaut, dann muss man festhalten, dass wir nicht zufrieden sind. Aber es war von Anfang an klar, dass wir das – (Fortsetzung auf Seite 2)

Zu dieser Ausgabe

Dies ist die Zeitschrift des Forums für kritische Soziale Arbeit in Bern, Olten und Zürich. Im Rahmen unserer kritischen Auseinandersetzung mit der Sozialen Arbeit, der Sozialpädagogik und der Soziokulturellen Animation berichten wir in unregelmässigen Abständen aus kritischer Perspektive über diese Berufsfelder. Im Fokus stehen die sich verschärfende Marktlogik und die neoliberalen Tendenzen im Sozialwesen. Diesen stellen wir die Position einer Sozialen Arbeit gegenüber, die sich nicht zum Spielball machen will, und sich an den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der Menschen orientiert.

Plattform verteilen?

Möchtest Du an Deiner Schule, Uni oder in Deinem Betrieb einige Ausgaben der Plattform verteilen? Wir sind darauf angewiesen und danken Dir für diese Form der Mitwirkung ganz herzlich. Schreib uns eine E-Mail an kriso@gmx.ch mit deiner Postadresse und der gewünschten Anzahl Exemplare.

Plattform verpasst?

Vergangene Ausgaben und andere Publikationen der Kriso sind immer auf www.kriso.ch zu finden.

Mitmachen?

Bern kontakt@bern.kriso.ch
Zürich kriso@gmx.ch
Olten kontakt@olten.kriso.ch

Sparpaket nicht einfach so den Bach ab schicken können. Was uns aber erstaunte, war die sehr breite Abstützung, die die Demo erfuhr. Von revolutionären Gruppen über SchülerInnen, Behinderte, bis hin zu Parteien welche plötzlich aufsprangen waren viele dabei. Die Demo war sehr integrativ und vernetzend. Das war auch die Idee, so dass alle zu Wort kommen.

Kriso: Es ist eine sehr aussergewöhnliche Initiative, dass Leute ausserhalb von Parteien und Gewerkschaften plötzlich eine Demo organisieren. Ihr habt das geschafft und überdies auch eine breite Abstützung hingekriegt. Wie habt ihr das geschafft? Und wie habt ihr so viele Leute erreicht?

Paula: Wir haben uns eigentlich mehr Leute an der Demonstration erhofft. Die Ambitionen wären zunächst grösser gewesen. Letztlich gab es aber schon Gründe dafür, dass trotzdem relativ viele Leute kamen: Einerseits war es sicherlich das Bedürfnis einzelner Institutionen und deren Mitglieder, über ihren Garten hinauszudenken. So konnten wir sicherlich Leute ansprechen. Andererseits war die Kerngruppe ja sehr gut vernetzt, etwa in Gewerkschaften und politische Gruppen. So hatten wir Zugriff auf Verteiler, mittels denen wir den Aufruf verbreiten konnten, das war hilfreich. Die Mobilisierung via Facebook war für uns etwas Neues und hat sich bewährt. Auch gingen wir an Aktionen von kleineren Gruppen, wo wir Kontakte aufbauen konnten, etwa zur Seefelder Gymi-Gruppe oder zur Kunstgewerbeschule. So konnten wir die kleineren Kämpfe quasi ans Grosse binden.

Kriso: Es gab zwei Tendenzen bezüglich Widerstand gegen die Kürzungen. Einerseits gab es jene Tendenz, dass fast jeden Tag eine andere Demo von einem Kleinbereich stattfand, etwa von Schulen. Diese suchten die Abgrenzung gegen aussen und sagten damit politisch implizit „spart doch nicht bei uns sondern bei den anderen“. Die andere Tendenz bestand in eurer Demo. Die politische Aussage dort war die Verallgemeinerung, die Vereinigung der kleineren Kämpfe zu einem breiten Widerstand. War dies ein bewusster politischer Schritt?

Paula: Ja, das war sehr bewusst. Uns machte wütend, dass alle versuchten, die verschiedenen Bereiche gegeneinander auszuspielen. Plötzlich kamen etwa Berichte in den Medien über die Frage, welche Kantone für die Psychiatrie am meisten respektive am wenigsten ausgeben. Dann hiess es plötzlich: „Aha, wir müssen nicht bei den Behinderten sparen, sondern bei der Psychiatrie im Kanton Bern!“ Das Konkurrenzdenken in diesem Bereich war für uns äusserst absurd. Man erkennt darin die Sozialarbeit als Opfer der Ökonomisierung, nach Logik des Kapitals. Damit wurden wir oft konfrontiert. Eine Gymi-Lehrerin meinte etwa, sie sei nicht gegen das ganze Sparpaket sondern gegen die Einsparungen an ihrer Schule. Diese Reaktionen waren häufig, entsprachen aber nicht unserer Idee. Die Vernetzung und das Denken über den eigenen Tellerrand standen bei uns im Vordergrund.

Kriso: Widmen wir uns einer anderen Ebene. Warst Du selber konkret auch betroffen vom Sparpaket?

Paula: Ich arbeite im Sozialbereich. Für uns Lohnarbeitende gab es keine Stellenkürzungen. Die SozialhilfeempfängerInnen hatten aber im Zuge der „Motion Studer“ mit Kürzungen des Lebensunterhalts zu kämpfen. Das Streichen der Integrationszulage wird jetzt tatsächlich durchgesetzt. Wir sind also auch betroffen.

Kriso: Was ist heute der aktuelle Stand, wenn wir die „Sparpolitiker“ als eine Seite und die Gegenmobilisierung“ als die andere Seite betrachten. Wie sieht das Kräfteverhältnis bezüglich Kürzungen heute konkret aus? Und wie hat es sich verändert?

Paula: Zuerst waren wir eher resigniert. Aber vielleicht gibt es bei der konkreten Umsetzung der Kürzungen nochmals Widerstand. Aber der Widerstand ist klar abgeflacht. Im Behindertenbereich haben

sich die Leute später etwas mehr zu wehren begonnen. Ob das aber mit dem Druck der Strasse zu tun hat, kann ich nicht sagen.

Kriso: Zur Perspektivenfrage: Wir haben manchmal die Tendenz, bei einer starken Mobilisierung sehr euphorisch zu werden. Danach kommt die Depression, wenn man merkt, dass nach der Mobilisierung alles genau gleich weitergeht wie vorher. Wie war das in diesem Fall? Woran fehlts, dass die Kontinuität nicht gewährleistet werden kann?

Paula: Ein wichtiger Aspekt ist die Vernetzung. Man müsste sich auf einer breiteren Plattform über die verschiedenen Bereiche hinweg vernetzen können und einen Austausch schaffen. Auch um diese „Mobilisierungs-Krisen“ durchzustehen und sich gemeinsam zu äussern. Die Fachhochschule der Sozialen Arbeit könnte eine solche Funktion haben. Welche politische Funktion hat die Soziale Arbeit? Das wäre auch eine wichtige Frage, auch wenn ich jetzt etwas abschweife. Der Kapitalismus produziert Elend: Müsste die Soziale Arbeit also nicht sowieso politisch sein?

Kriso: Die klassische Kriso-Frage könnte man dem sagen. Was meinst Du, hast Du nicht den Eindruck, dass SozialarbeiterInnen, welche ja einem handlungsorientierten Berufsfeld angehören, diese Verallgemeinerung vorantreiben könnten?

Paula: Ja, das könnten sie bestimmt. Aber man macht das jeweils nur so in jenem Strang, in dem man selber drin verankert ist. Auch bei mir: Es ist nicht einfach für mich, über die Sozialhilfe hinauszudenken. Aber wieso nicht einmal mit der SpiteX zusammensitzen? Die arbeiten in einem ähnlichen Feld wie ich und sind mit den gleichen Themen konfrontiert. Man kann keine Profite machen in diesem Bereich, das funktioniert nicht nach der Wertlogik. Unsere Gruppe hat sich aus kapitalismuskritischen Leuten konstituiert. Ich persönlich wünsche mir ein anderes System als den Kapitalismus, deswegen pflege ich zu sagen, wenn ihr dieses System wollt, welches so viel Elend produziert, dann schaut wenigstens, dass alle ein menschenwürdiges Dasein leben können. Damit könnte man aus verschiedenen Bereichen Zugang schaffen. Wir hatten später eine Reflexionssitzung. Wir haben an der Demo Adressen aufgenommen um weitere Leute zu organisieren. Das Ziel wäre es, bei solchen Themen dranzubleiben, auch via Facebook-Plattform. Wir versuchen, aus den gekürzten Bereichen Reaktionen zu erhalten. Ein wichtiges Thema in Bezug der Vernetzung war, dass vielen Leuten unklar war, wer wir sind. Alle wollten wissen, wer die OrganisatorInnen sind. Das machte uns wütend: Es ist doch egal, aus welcher Ecke das kommt, wichtig ist der Inhalt! Leute hatten dann aber entweder Angst vor dem Schwarzen Block, oder sie waren als linke ParlamentarierInnen beleidigt, dass sie sowieso nicht zuerst von uns konsultiert wurden. Unsere Haltung war aber, dass GewerkschafterInnen und ParlamentarierInnen oft SesselkleberInnen sind, welche sogar z.T. noch Geld dafür erhalten. Das ist einigen sauer aufgestossen. Aber wir hätten uns besser überlegen sollen, wie damit umzugehen. Die Haltungen gingen da auch auseinander. Wir überlegten uns eine Vernetzung mit Luzerner SchülerInnen, weil die auch vom Kürzen betroffen waren. Aber wir konnten aus zeitlichen Gründen nicht hingehen.

Kriso: Gibt es im Kanton Bern Menschen, welche sich aufgrund des Widerstandes gegen das Sparpaket politisieren?

Paula: Definitiv. Auch Leute, welche nicht die geborenen Polit-Experten sind. Wir hatten viel Kontakt mit Leuten, die sehr interessiert waren. Vielleicht würden sie sich beim nächsten Sparpaket schon vehementer wehren. Auch die SchülerInnen aus dem Gymnasium waren sehr interessiert und gingen das erste Mal auf die Strasse zur Demo oder schrieben kämpferische Texte. Das ist für mich eine grosse Genugtuung im Nachhinein.

Das Grundeinkommen und die Frage der politischen Kräfteverhältnisse

DEBATTE Die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) wird oft an das Forum für kritische soziale Arbeit herangetragen. Wir haben dazu keine einheitliche Position oder Herangehensweise, weshalb hier zwei Perspektiven unter anderen erläutern.

ERSTENS

Gerade in Zeiten der Workfare-Hegemonie ist es wichtig Grundhaltungen zu verteidigen, nach denen jedem Menschen prinzipiell das bedingungslose Recht auf Erfüllung der Grundbedürfnisse zusteht. Zweifelsohne hilft die Debatte um das BGE eben solche Positionen und Werte zu verteidigen. Aber der Vorschlag des BGE geht weiter, denn er fordert die Einlösung dieses Rechts innerhalb der bürgerlichen, kapitalistischen Gesellschaft. Ignoriert man diesen gesellschaftlichen Kontext, laufen wir aber Gefahr, eine progressive Idee in eine sozialpolitisch desaströse Umsetzung umzuwandeln. Es gilt also kritisch zu beurteilen, ob ein solches Projekt materiell wirklich ein besseres Leben möglich macht.

Dort ansetzen, wo der Reichtum herkommt

Die Grundidee des BGE liegt in einem Einkommen, welches vom Staat allen Menschen gleichermaßen zukommen soll. Teile der politischen Linken feiern das BGE deshalb als fortschrittliches Projekt, welches die Finanzierungsprobleme des Sozialstaates endlich zu lösen im Stande sei. Nur: Das BGE ist kein Ausdruck der politischen Stärke der Linken, so wird es auch durch Neoliberale propagiert. Es müsste vielmehr jeglicher Intuition widersprechen, dass inmitten des grössten Sozialabbaus und der grössten ökonomischen Krise eine fundamentale Umverteilung zugunsten der unteren Klassen erreicht werden kann. Die aktuelle Defensive kann nicht einfach weggezaubert werden, erst recht nicht im Bündnis mit Neoliberalen. Vielmehr müsste eine gesellschaftliche Veränderung ihre Kraft an den Grundlagen der Produktionsverhältnisse entfalten, nämlich dort, wo der ganze ökonomische Reichtum gesellschaftlich – von der lohnabhängigen Klasse - produziert, aber privat – von der besitzenden Klasse - angeeignet wird. So sind soziale Errungenschaften historisch immer auf Klassenkämpfe zurückzuführen und sie richteten sich letztlich um eine Verteilungsfrage zwischen oben und unten.

Und an dieser Stelle sorgt das BGE für Verwirrung: Es vereint rechte und linke politische Kräfte, welche scheinbar mit einfachsten Mitteln die unterschiedlichen Interessen der Klassen zu vereinen wissen.

Projekt des Sozialabbaus

Wenn wir also Klassenkämpfe auch heute noch für den Motor sozialer Verbesserungen halten, bewerten wir das BGE nach seiner Auswirkung auf die Lebensbedingungen unterer Schichten und auf die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen. Angesichts des gravierenden Sozialabbaus in ganz Europa und der tiefen ökonomischen Krise, ist es für uns unschwer zu erraten, dass auch die Bemessung eines BGE denselben Sparangriffen der Neoliberalen ausgesetzt wäre. Und alle anderen hart erkämpften Errungenschaften der sozialen Absicherung wären abgebaut. Für die Unternehmer hingegen würde sich das BGE sicher lohnen, müssten Löhne doch nicht mehr existenzsichernd sein. Sie könnten sie also auf das Niveau eines Zustupfs zum BGE senken. Das BGE stellt unter dieser Optik eine eigentliche sozialpolitische Zäsur dar. Statt Armut wie bisher durch einen Kampf für die Umverteilung von oben nach unten zu lindern, belohnt es die Unternehmer mit billiger Arbeit und

mehr Profiten und überlässt alle anderen einem „Sozialstaat“, der schon heute als unfinanzierbar gilt.

Kritisch heisst reflexiv

Die linken BefürworterInnen des BGE stellen die richtigen Fragen. Doch die Antworten berücksichtigen nicht die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Damit zeigt sich auch ein Grundproblem kritischer Sozialer Arbeit. Sie – wie auch das BGE – findet innerhalb einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung statt. Diese Rahmenbedingung muss bewusst reflektiert werden. Gut gemeinte Ideen und Konzepte sollten gerade in unserer Berufspraxis auf ihre reale – nicht nur die erwünschte – Wirkung hin überprüft werden.

ZWEITENS

Durch das Grundeinkommen soll die Existenz aller in der Schweiz lebenden Menschen bedingungslos gesichert sein. Das Ziel der am 4. Oktober 2013 eingereichten Volksinitiative ist, dass Jede und Jeder bedingungslos Geld für eine menschenwürdige Existenz erhält.

Die Idee

Die Lancierung der Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen regt Menschen aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten an, sich übergeordnet Gedanken zu Themen wie Erwerbsarbeit, Sozialstaat und Sozialsystem zu machen. Die Initianten haben damit eines ihrer formulierten Ziele bereits erreicht, nämlich dass die Leute in der Schweiz über mögliche konkrete bis hin zu utopischen Veränderungen der bisherigen - als gegebenen angenommen - Verhältnisse diskutieren.

Konkret?

Die InitiantInnen stellen den Anspruch auf ein bedingungsloses, menschenwürdiges Existenzminimum. Das ist grundsätzlich zu unterstützen. Dahinter steht nämlich die Überzeugung, dass diese Sicherheit eine Aufgabe der Gesellschaft und nicht jedes einzelnen Individuums ist. Damit stellt sich das Grundeinkommen (mindestens auf den ersten Blick) gegen die Individualisierung von Problemlagen und gegen die Privatisierung von gemeinschaftlichen sowie gesellschaftlichen Aufgaben.

Die Bedingungslosigkeit, also der Anspruch für jeden Menschen (wer da dazugehört ist ja nicht abschliessend geklärt) auf das Grundeinkommen, ist grundsätzlich ein positiver Aspekt. Das bestehende Sozialsystem ist geprägt vom ständigen Beweisen der eigenen Bedürftigkeit was oftmals erniedrigend und entwürdigend ist und auf Misstrauen beruht. Mit der Gleichbehandlung aller Menschen kann der Stigmatisierung von Leistungsbezügern entgegen gewirkt werden.

Das BGE hebt die klare Linie zwischen „bedürftigen“ und „nicht bedürftigen“ auf. So kämen auch Personen, welche zwar im aktuellen Sozialsystem bezugsberechtigt wären, sich jedoch auf Grund von gesellschaftlichem Druck nicht trauen, diese Unterstützungsleistungen anzunehmen, in Genuss des BGE. Oder umgekehrt würden neu auch Personen berücksichtigt, welche dringend auf finanzielle Unterstützung durch den Staat angewiesen wären (Working-Poor etc.), die momentan aber keine Leistungen erhalten.

Durch die teilweise Entkoppelung des Einkommens von der Lohnarbeit, sinkt (auch hier nur auf den ersten Blick) die Abhängigkeit der Arbeitenden von deren Unternehmen bzw. folgt eine grössere Wahlfreiheit bezüglich der Arbeitsstelle. Der Zwang, jede vorhandene Arbeit anzunehmen, wird abgeschwächt. Das könnte dazu führen, dass für unbeliebte Arbeiten kein Personal mehr gefunden

wird. Diese Arbeitsstellen müssten dann aufgewertet werden um sie zu besetzen, sprich Löhne könnten steigen, Arbeitsbedingungen würden verbessert oder Arbeitende würden mehr Mitspracherecht erhalten. Am Ende könnte das sogar dazu führen, dass gesellschaftliches Ansehen und Inklusion auch unabhängig von der Lohnarbeit stattfinden kann.

Die grössere finanzielle Unabhängigkeit und die damit verbundene Möglichkeit auf mehr Freizeit kann den Menschen freie Entfaltung und mehr Musse für die Dinge im Leben ermöglichen, welche nicht gewinnorientiert sind. Dies könnte soziales und ökologisches Engagement und Freiwilligenarbeit fördern.

Also alles gut?

Die durch das Grundeinkommen angestrebten Freiheiten und Möglichkeiten für die Menschen sind hauptsächlich von der Höhe eines allfälligen Grundeinkommens abhängig. Nur ein Grundeinkommen, das tatsächlich allein schon ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, bringt die nötige Unabhängigkeit für den einzelnen Menschen.

Ein tiefes Grundeinkommen jedoch, würde an den prekären Arbeitsbedingungen nichts ändern, da die Leute weiterhin auf zusätzliche Lohnarbeit angewiesen wären.

Wie sieht das konkret aus und was sind mögliche Folgen

Initiativtext:

Art. 110a (neu) bedingungsloses Grundeinkommen

1. Der Bund sorgt für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens.
2. Das Grundeinkommen soll der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen.
3. Das Gesetz regelt insbesondere die Finanzierung und die Höhe des Grundeinkommens.

Der Verfassungstext ist absolut schwammig formuliert und die genaue Ausgestaltung des Grundeinkommens völlig offen gelassen. Das Initiativkomitee will dadurch eine möglichst breite Diskussion in allen politischen Lagern ermöglichen und damit die Chancen der Initiative verbessern. Dabei laufen sie aber Gefahr, dass die Umsetzung ein totales Desaster wird, gerade wenn man die aktuellen politischen Kräfteverhältnisse berücksichtigt und sich vor Augen führt, wie sich mitunter konservative Politiker und neoliberale Think Tanks für die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens stark machen. Die bestehenden Sozialleistungen sind hart erkämpfte Errungenschaften. Solche neoliberale Kräfte fordern dann notabene mit der Einführung des Grundeinkommens eine Abschaffung der „normalen“ Sozialversicherungen oder gar der gesamten bestehenden Sozialleistungen.

Aus Sicht der Sozialen Arbeit kommt der Aspekt der professionellen Beratung hinzu. Durch den Spardruck kommt zwar heute schon die persönliche Beratung auf vielen Ämtern zu kurz. Auch die permanente Koppelung von Leistungen an Auflagen ist dafür kritisch zu betrachten. Dennoch ist der Grundgedanke von zielgenauer, auf die Bedürfnisse zugeschnittener Sozialleistungen, verbunden mit unterstützender persönlicher Beratung, eine wichtige Errungenschaft. Armut ist vielschichtig, soziale Benachteiligung oftmals „vererbt“ und Personen leiden meist nicht nur an Geldknappheit sondern auch an fehlender Chancen aktiver Teilhabe und mangelnder Bildungschancen. Ein Wegfall von professioneller Beratung ist aus fachlicher Sicht nicht zu unterstützen, denn wenn „Sozialleistungen“ in Form des BGE nur noch ausbezahlt werden und die Gefahr droht, dass Angebote für persönliche Beratungen gestrichen werden, lastet die ganze Verantwortung auf dem Individuum. Somit ist der Gedanke, dass soziale Gerechtigkeit und individuelle Problemlagen gesellschaftlich angegangen werden müssen auch gleich wieder dahin.

Dazu kommt, dass eigentlich eine Umverteilung von oben nach unten anzustreben wäre, damit die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch grösser wird. Doch bei der Idee des Grundeinkommens gäbe es neu Sozialleistungen für alle, auch für die wohlhabende Bevölkerungsschicht, und das auf Kosten von denen, welche es wirklich nötig haben. Dazu kommt, dass in der Diskussion um die mögliche Finanzierung des BGE, neben den bisherigen Sozialgeldern die gestrichen würden, immer wieder die Mehrwertsteuererhöhung eingebracht wird. Das hätte zur Folge, dass der ärmste Teil der Bevölkerung proportional zu ihrem Einkommen am stärksten zur Kasse gebeten würde und von einer gerechten Umverteilung von Oben nach Unten noch weniger die Rede sein könnte.

Fazit

Die Idee ist im Grundsatz interessant und stellt wichtige Fragen zu Erwerbsarbeit und Sozialstaat. Wie erläutert ist aber der Initiativtext derart schwammig und birgt dadurch bei der Ausgestaltung des BGE so viele Gefahren, welche unter aktuellen politischen Verhältnissen nicht einzugehen sind. Auch in Zukunft wäre das BGE nicht gefeit vor Auswirkungen des jeweiligen politischen Windes.

Das bedingungslose Grundeinkommen ändert somit nichts an den vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Solange die kapitalistische Ökonomie dominiert und „alle gegen alle“ in Konkurrenz stehen, werden die sozialen Ungleichheiten bestehen bleiben.

Aus dieser Sicht stehen den möglichen Freiheiten für die Menschen durch das BGE grössere Gefahren gegenüber. Das BGE ist somit in der aktuellen politischen Lage abzulehnen.

Arbeitsgruppe Migration

Bundeszentrum Juch und die Grundrechte

ASYL Seit dem 6. Januar 2014 ist in Zürich Altstetten das Bundeszentrum Juch in Betrieb. Das Zentrum ist Teil der Testphase für beschleunigte Asylverfahren des Bundesamts für Migration und wird von der AOZ betrieben.

Die Unterkünfte im Juch wurden vor 50 Jahren für spanische und italienische Gastarbeitende gebaut. Seit einigen Jahren dienen Sie

auch als Unterkunft für Asylsuchende der zweiten Phase und abgewiesene Asylsuchende, die dort Nothilfe bezogen.

Eingepfercht zwischen Autobahn und Zuggleisen, mitten im Industriequartier, ist das Juchareal ein isolierter Ort an der Stadtgrenze.

Mit dem neuen Bundeszentrum kommen neue Bestimmungen. Die Betreiberin möchte das Zentrum möglichst „human“ führen, was sich aber beim genaueren hinschauen als unmöglich entpuppt. Auch wenn Deutschkurse und Beschäftigungen angeboten werden und

alle Asylsuchenden einen unentgeltlichen – jedoch nicht unbedingt unabhängigen – Rechtsbeistand bekommt, überwiegen die repressiven Faktoren. Die Lage am Stadtrand ist eher für eine Beteiligung am gesellschaftlichen Leben geeignet, als Unterkünfte in ehemaligen Militärbunker weit weg von der Zivilisation, durch die gegebenen Strukturen jedoch fast genauso schwierig.

Für die Einführung der Bundeszentren ist Urs von Daeniken vom BFM zuständig, ein zweifelhafter Projektleiter. Er ist ehemaliger Inlandgeheimdienst Chef und einer der Hauptverantwortlichen der jüngsten Fichenaffäre. Er war beteiligt bei den fragwürdigen Rayonverbote im Bundeszentrum Bremgarten und setzt sich auch im Juch für strenge Sanktionen im Falle von Regelverstößen ein.



Wenig Erfreuliches: Das Bundeszentrum Juch

Bereits im Frühling 2013 regte sich Widerstand gegen das geplante Bundeszentrum. In verschiedenen Aufrufen tauchen die Begriffe „Lager“ und „Lagerpolitik“ auf. Die Bezeichnung „Lager“ ist gerechtfertigt, da es sich um ein teilweise geschlossenes Zentrum handelt, mit entmündigenden und stigmatisierenden Abläufen und Reglementen für die Asylsuchenden.

Historisch betrachtet, ist der Ursprung des Begriffs „Lager“ im Ausnahmezustand und im Kriegsrecht zu finden. Das heisst während Grund- und Menschenrechte aufgehoben sind und keine normale Rechtsordnung besteht.

Im Buch „Mittel ohne Zweck“ (1996) definiert Giorgio Agamben den Lager-Begriff: „Das Lager ist der Raum, der sich öffnet, wenn der Ausnahmezustand zur Regel zu werden beginnt“. Oder wie Hannah Arendt treffend bemerkt, ist „in den Lagern das Leitprinzip der totalen Herrschaft verkörpert“. Denn innerhalb solcher Räume sind die Machtverhältnisse klar definiert. Die Bedürfnisse der Betroffenen

werden grösstenteils ignoriert.

Im Bundeszentrum Juch wird mit der Verfahrensbeschleunigung argumentiert, gemeint ist jedoch eine Überwachung der Asylsuchenden die so lückenlos wie möglich ist. Die Asylsuchenden dürfen das Zentrum von 20.00 bis 7.00 Uhr nicht verlassen. Beim verspäteten Eintreffen gibt es Sanktionen. Wenn sie eine Anhörung an der Förrlibuckstrasse, den neuen Büro's des BFM haben, werden sie mit einem Kleinbus eskortiert. Somit sind die Asylsuchenden von der lokalen Bevölkerung abgeschottet und zu einem grossen Teil von der SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention) überwacht. Natürlich können die Asylsuchenden das Lager verlassen, aber nur wenn sie sich vorher abmelden. Mit einem teuren Ticket oder zu Fuss können Sie die Stadt Zürich kennenlernen, aber nur bis 20.00 Uhr, dann müssen Sie sich wieder beim Lagereingang melden.

Beschleunigung: Ja, aber...

Dass die Wartezeit bis zum Entscheid für Asylsuchende mehrere Jahre betragen kann, ist für die Betroffenen ein belastender Zustand. Die Asylgesuche müssen schneller bearbeitet werden und die Schweiz versucht das nach holländischem Vorbild umzusetzen. Auch wenn in den meisten Bundeszentren der Schweiz wenige Fachleute aus der Sozialen Arbeit angestellt sind, ist es Aufgabe dieser, die bestehenden Verhältnisse zu hinterfragen.

Der gesellschaftliche Diskurs im Asylbereich ist seit Langem aufgeheizt und wird täglich in den Medien kommentiert. Die politischen Parteien von links nach rechts nutzen den Unmut um Wählende zu gewinnen. In dieser verzerrten Wahrnehmung durch die Medien und die Komplexität des schweizerischen Asylwesens ist es schwierig den Überblick zu behalten. Oft reichen Vergleiche mit anderen Ländern aus, um bei einer Mehrheit der Bevölkerung eine Verschärfung im schweizerischen Asylrecht zu legitimieren. Zurück bleibt eine Realität, in der Grundrechte missachtet werden und nur vereinzelt ethische Standards existieren. Der Staat, der die Aufgabe hat Asylsuchende zu schützen und ein faires Asylverfahren zu gewährleisten, setzt auf die Karte Zentralisierung, was in der aktuellen Variante die Abschreckung der Asylsuchenden durch eine Lagerpolitik beinhaltet.

Für die schnellere Bearbeitung der Asylgesuche braucht es keine abgeschotteten und überwachte Zentren. Durch eine Unterbringung in reguläre Wohnungen in urbanem Raum wäre eine Vernetzung und ein so weit wie möglich selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Dies ist nur ein Punkt, um den Asylsuchenden ein menschenwürdiges Dasein zu bieten und somit die Grundrechte zu achten.

Kriso Bern

Der missbrauchte Missbrauchs begriff

MISSBRAUCH Der Begriff des Missbrauchs ist in den letzten Jahren zum politischen Schlagwort verkommen, wenn es darum geht den unrechtmässigen Bezug sozialstaatlicher Versicherungs- und Transferleistungen zu umschreiben. Insbesondere der Begriff „Sozialhilfe-missbrauch“ stösst im öffentlichen Diskurs auf breite Anerkennung und wird selbst von den Sozialarbeitenden immer häufiger verwendet. Grund genug, diesen Begriff etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

Laut dem Duden umschreibt der Ausdruck „Missbrauch“ einen Missbrauch im Sinne eines übermässigen Gebrauchs, etwa von Drogen (Dro-

genmissbrauch) oder aber die Anwendung sexueller Gewalt, insbesondere gegenüber Kindern (Kindsmissbrauch). Beide Missbrauchsformen beschreiben Taten, die allgemein als äusserst verwerflich gelten und entsprechend sanktioniert werden. Das Verb „missbrauchen“ bezeichnet die Handlung, die zum Missbrauch führt. Auch für diesen Terminus finden sich im Duden genauere Angaben. „Missbrauchen“ meint einerseits etwas in übermässigem, sich schädlich auswirkendem Masse zu sich nehmen oder anwenden, andererseits wird mit dem Verb ein falscher, nicht seiner Bestimmung entsprechender, Gebrauch ausgedrückt. Für die extremsten Formen des

„Missbrauchens“ werden Vergewaltigen und Schänden als Synonyme genannt.

Um von einem Missbrauch im Sinne des Begriffs zu sprechen wird einerseits die Bewusstheit des Täters über das Unrecht einer begangenen Handlung und andererseits die Tatsache vorausgesetzt, überhaupt in der Position zu sein, eine solche Handlung begehen zu können. Um einen Missbrauch ausüben zu können, muss man sich in einer Machtposition befinden. Der Vergewaltiger ist stärker als sein Opfer und kann dadurch seine Position zu seinen Gunsten ausnutzen. Dieses Ausnutzen passiert missbräuchlich, da es nicht unseren moralischen Vorstellungen entspricht, dass jemand aufgrund seiner körperlichen Überlegenheit jemand anderem ein derartiges Leid zufügt. Die Machtposition bildet die Voraussetzung um einen Missbrauch im eigentlichen Sinne zu begehen.

Beim sogenannten Sozialhilfemissbrauch ist die Sachlage anders. Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfeleistungen treten als Bittsteller auf. Sie haben das Recht, ihren Anspruch geltend zu machen, nicht mehr und nicht weniger. Wenn eine Person falsche Angaben macht, und dadurch einen Anspruch vortäuscht, ist dies zwar verwerflich, hat deshalb aber nichts mit einem Missbrauch nach dem Gehalt des Wortes zu tun. Vielmehr handelt es sich um eine bewusste Täuschung, eine Irreführung oder um einen Betrug. Personen, die Sozialhilfe beziehen, befinden sich nicht in der Position um zu missbrauchen sondern in der Position um zu betrügen und sich dadurch Geld unrechtmässig zu erschleichen. Genaugenommen befinden sich einzig die Sozialarbeitenden in einer Position, die es zulässt, Sozialhilfemissbrauch zu betreiben. Dann nämlich, wenn sie ihre Kompetenzen nicht der gesetzlichen Bestimmung entsprechend wahrnehmen, sondern ihren Klientinnen und Klienten absichtlich zuviel oder zuwenig Geldleistungen zusprechen. Das ist der wörtliche Sozialhilfemissbrauch.

Schüren von Emotionen

Trotzdem hat sich der Missbrauchsbegriff im Sozialwesen etablieren können. Bestimmte politische Kräfte haben offensichtlich ein Interesse daran, betrügerische Handlungen im Sozialwesen als deutlich grössere Vergehen darzustellen, als es vergleichbare oder grössere Gesetzesverstösse sind. Mit dem Terminus „Missbrauch“ werden bewusst Emotionen geschürt. Aufgrund der ursprünglichen, eingangs dieses Textes beschriebenen Verwendung des Begriffs, sind Menschen darauf konditioniert, mit diesem Wort etwas zutiefst verwerfliches in Verbindung zu bringen. Ein Sozialhilfemissbrauch wird aus diesem Grund als schlimmere Tat wahrgenommen als etwa

eine Steuerhinterziehung, welche vom Wortklang her eher einem Kavaliärsdelikt ähnelt. Wenn Steuerhinterziehung oder Steuerbetrug in gleichem Masse gesellschaftlich verurteilt würden, müsste man konsequenterweise von Steuermisbrauch sprechen.

Die Wirkung des Begriffs „Missbrauch“ hat noch eine weitere Wirkung, welche nicht zu unterschätzen ist. In den Medien werden reisserische Schlagzeilen bewusst zur Absatzsteigerung eingesetzt, denn schlimme Nachrichten verkaufen sich gut. Der „Sozialhilfemissbrauch“ wird dadurch zum Verkaufsargument. Dies führt dazu, dass durch die Medien einerseits laufend neue mutmassliche Missbräuche aufgedeckt werden, andererseits werden diese Schlagzeilen aufgrund des reisserischen Terminus bewusster und dadurch in einer grösseren Anzahl wahrgenommen als dies verhältnismässig der Fall ist. Personen, welche sich nicht intensiv mit dem Schweizerischen Sozialwesen auseinandersetzen, gewinnen den Eindruck, in der Schweiz wimmle es nur so von solchen vermeintlichen Missbräuchen im Sozialwesen. Dies wiederum hilft politischen Kräften aus dem bürgerlichen Lager, ihre Forderungen nach härterem Durchgreifen, strengeren Gesetzen, Kürzungen und Sanktionen schmackhaft zu machen. Diverse Abstimmungsergebnisse aus jüngster Zeit zeugen davon.

Eine Frage der Begriffsverwendung

Dieser Text hat nicht zum Ziel, unrechtmässigen Bezug von sozialstaatlichen Transferleistungen zu beurteilen oder zu beschönigen. Es geht vielmehr darum, auf die Auswirkungen unüberlegter Begriffsverwendungen zu sensibilisieren. Wir müssen uns die Frage stellen, ob in der Sozialpolitik die Agenda durch bewusste Umdefinierungen von Zuständen oder durch sachliche Informationen bestimmt werden soll. Indem wir uns für die Sachlichkeit entscheiden helfen wir, sinnwidrigen Definitionen entgegenzuwirken.

In der Schweiz bezogen laut dem Bundesamt für Statistik im Jahr 2012 gut 250'000 Personen oder 3,1 Prozent der Bevölkerung Sozialhilfe. Ein Drittel davon sind Kinder und Jugendliche. Das Leben dieser Menschen wird direkt durch solche unsachlichen Definitionen beeinflusst. Sie werden zunehmend stigmatisiert und als Schmarotzer dargestellt, die sich ein Leben auf Kosten der Allgemeinheit ausgesucht haben. Dass dies auf den allergrössten Teil nicht zutrifft, wissen wir. Es ist deshalb an uns, in unser aller Interesse mitzuhelfen Sozialhilfebezüger als das zu definieren was sie sind: Menschen. Beginnen wir damit, indem wir das einfache aber wirkungsvolle Wort „Missbrauch“ dann einsetzen, wenn der Bezug passend ist und nicht dann, wenn wir eigentlich von „Betrug“ sprechen wollen.

Arbeitsgruppe New Public Management

Veranstaltung des vpod Zürich: Errungenschaften unter Druck - New Public Management im Sozialbereich

NEW PUBLIC MANAGEMENT Ein Mitglied der Kriso wurde von der Gruppe Sozialbereich des vpod Zürich eingeladen, am 24. September 2013 an der Veranstaltung mit dem Titel: „Errungenschaften unter Druck - New Public Management im Sozialbereich“ neben zwei anderen Fachpersonen über ihre Einschätzung zur Bedeutung des Themas und den Gefahren und Chancen von New Public Manage-

ment im Sozialbereich respektive in der Soziokultur zu referieren. Anschliessend fand eine offene Diskussion mit allen Anwesenden statt.

Den Einstieg machte Mathilde Schulte-Haller, Projektverantwortliche für die Einführung des Kontraktwesens in der Soziokultur im

Sozialdepartement der Stadt Zürich in den 1990er-Jahren. Sie referierte zum Vorgehen, den Erwartungen und Bedenken bei der damaligen Einführung der so genannten Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV). Das übergeordnete, politische Ziel dieses Veränderungsprozesses war es, aufgrund der vorherrschenden Ressourcenknappheit weg vom Ordnungsstaat hin zum Leistungsstaat zu gelangen. Es fand eine Überprüfung von Aufwand und Ertrag der soziokulturellen Arbeit statt, mit dem Ziel eine stärkere Markt- und Kundenorientierung, also eine Steigerung der Effizienz und Effektivität zu erhalten. Dem Parlament sollte mehr Verantwortung zugesprochen werden, indem dieses seine Kontrollfunktion wieder aktiv wahrnimmt. Die aus der Reorganisation resultierenden Instrumente für die Verwaltung waren Globalbudgets, Leistungsaufträge und Controlling-Vorgaben, für eine höhere Transparenz gegenüber Politik und Gesellschaft. Mathilde Schulte-Haller führte aus, dass dieser Systemwechsel einen inhaltlichen Diskurs über die Soziokultur in Gang setzte und dass durch das öffentliche Ausschreiben der Aufträge eine Absprachen-Bedarfsorientierung gefördert wurde, mehr Markt entstand und keine Monopolstellungen mehr möglich waren. Von Seiten der Professionellen in der Soziokultur wurde die Angst der Ökonomisierung der Sozialen Arbeit geäußert. Es waren Bedenken zur qualitativen Messbarkeit der erbrachten Leistungen vorhanden und zum hohen administrativen Aufwand des neuen Modells. Rückblickend jedoch förderte das Kontraktwesen laut Mathilde Schulte-Haller Innovationen in der soziokulturellen Arbeit und es fand eine Professionalisierung des Berufsfeldes statt. Auch Giacomo Dallo, Geschäftsführer der OJA Zürich sprach sich dafür aus, dass es ohne New Public Management die Soziokultur in der heutigen Form nicht mehr geben würde. Der Systemwechsel im Sozialdepartement war Auslöser für eine Effizienzsteigerung und Wirkungsorientierung in der Soziokultur. Die Betriebe wurden zur Selbstreflexion gezwungen und bestehende „Königreiche“ wurden aufgelöst, der Prozess führte zu mehr Legitimation und Verständnis in der Politik. Giacomo Dallo verweist aber auch auf die Herausforderungen von New Public Management. Benchmarking (der Vergleichsprozess anhand eines festgelegten Bezugswerts) ist bei unterschiedlichen Rahmenbedingungen praktisch unmöglich, auch da kein einheitliches Zählen umsetzbar ist. Auch der administrative Aufwand des Kontraktwesens ist besonders für kleine Institutionen enorm, und es stellt sich die Frage, wie viel dieser Teil der Arbeit kostet. Abschliessend betont er, dass der Begriff Controlling „Steuern“ und nicht „Kontrollieren“ heisst, und dass New Public Management genau dies sein soll, ein Steuerungsinstrument in soziokulturellen Betrieben.

Entwicklungen zum aktivierenden Sozialstaat

Sibille Hartmann, Mitglied der Kriso, zeigte auf, dass die Reorganisation des Sozialdepartements der Stadt Zürich und somit die Steuerung der Sozialen Arbeit mittels NPM, historisch im Kontext von Entwicklungen hin zum aktivierenden Sozialstaat zu sehen sind. Was andernorts unter dem Prinzip „Fördern und Fordern“ geschah, wurde in Zürich mit den Prinzipien „Arbeit statt Fürsorge“, „Integration statt Fürsorge“ und „Weniger Konsum, mehr Engagement“ betrieben. Den aktivierenden Sozialstaat gilt es gesellschaftlich zu überwinden, da er das Arbeitsleben als Zentralität des menschlichen Lebens begreift und verewigt. Jegliche „fördernde oder fordernde“ Massnahme dieses Staates, strebt letztlich die „produktive Existenz“ des Menschen an. Leitend in dieser ökonomischen Rationalität ist das Leistungsprinzip – von der Frühförderung der Kleinsten bis zur

Aktivierung der jungen Alten (RentnerInnen). Der aktivierende Sozialstaat unterscheidet zwei Menschentypen: Den zu aktivierenden Menschen (Erwerbslose, Sozialhilfebeziehende etc.) und den Menschen, in den es sich zu investieren lohnt (Kinder, Jugendliche, Frauen etc.). Im aktivierenden Sozialstaat geht es um eine ganz bestimmte Ausbildung des Menschen (zur Arbeitsmarktfähigkeit) und um die Verhinderung von Abweichung, die Forderung von Aktivität und Anpassung und letztlich um die individuelle Übernahme der Lebensgestaltungsverantwortung. Diese Zielsetzung darf nicht mit Selbstbestimmung verwechselt werden, weil das Endziel „produktive Existenz“ eben fremdbestimmt ist. Der aktivierende Sozialstaat ist ein Präventionsstaat.

Individualisierung der Verantwortungen

Im aktivierenden Präventionsstaat werden soziale, also gesellschaftliche Probleme, individualisiert und in die Verantwortung von betroffenen Menschen und mit der (verwalterischen) Sozialraumorientierung in die Verantwortung des sozialen Umfelds dieser Menschen gegeben. Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen geraten in den Hintergrund. In diesem Sinne erfolgte auch der Umbau des Sozialdepartements unter Monika Stocker (in Beratung von Wolfgang Hinte). Von der Reorganisation des „Sozialdepartement 2000“ bzw. dem „Projekt Change“ wurde primär eine Steigerung der Effizienz, eine Senkung der Ausgaben für die Existenzsicherung und eine fachliche Neuausrichtung der Sozialen Arbeit erwartet. All dies ist nachzulesen in Publikationen des Sozialdepartements, die den Umstrukturierungsprozess in entsprechender Semantik dokumentieren: „Ich wollte, dass man das Soziale nicht nur als Defizit sah, sondern als Ressource, in die man investieren kann und dann eine positive Wirkung erzielt. Deshalb machten wir die Soziokultur zu einem im Vergleich zur Sozialhilfe gleichberechtigten Geschäftsfeld des Sozialdepartements. Natürlich war es ein frommer Wunsch, eines Tages für – schablonenhaft gesagt – die Prävention und das Therapeutische gleich viel Geld auszugeben. Aber ich wollte zeigen, dass Soziokultur ein wesentlicher Teil der Sozialpolitik ist, und die Balance ein bisschen verschieben“ (Monika Stocker).

Folglich hat – schablonenhaft gesagt - die Soziokultur die Rolle der investiven Seite zu übernehmen, neben der aktivierenden Seite der Sozialhilfe. Das damalige Projekt brachte der Soziokultur einen neuen Stellenwert und eine neue Verantwortlichkeit.

Ideologie zeigt sich in der Sprache. So bekamen im selben Zuge ehemals emanzipatorische Begriffe ihre aktuelle Bedeutung. Beispielsweise werden Eigenverantwortung, Eigeninitiative, Engagement und Partizipation zu Geboten und zur sozialen Norm im Quartier. Mittlerweile wird die Freiwilligenarbeit genauestens erfasst. Sie gilt als Indikator für gute Soziokultur, die das Engagement von Quartierbewohnenden zu aktivieren vermag. Doch was ist mit den Menschen, die sich nicht engagieren können oder wollen? Gerade heute sind Freiräume, befreit vom Leistungsprinzip für Menschen immens wichtig. Deshalb ist es viel bedeutsamer, dass die Soziokultur (weiterhin) Alternativräume ermöglicht.

Einmal mehr: Die leidige Ökonomisierung

Neben der Kritik des aktivierenden Sozialstaats, wurden selbstverständlich auch die ökonomische Logik und Instrumente des NPM kritisiert (siehe hierzu Kriso, 2012, New Public Management in der

Sozialen Arbeit. Eine Kritik). Einige Beispiele seien hier kurz benannt: Der Quasi-Markt, der Konkurrenzverhalten und Wettbewerb in der Sozialen Arbeit künstlich erzeugt (Bewerbungen um Projekte, Benchmarks). Die Möglichkeit des inhaltlichen Eingreifens in die fachliche Arbeit über den Leistungsvertrag durch das Kontraktmanagement. Die Versessenheit auf das Erfassen von interpretierbaren Zahlen als Nachweis für die Leistungsorientierung (und die Effizienz). Die notwendige Messbarkeit der Ziele; Ziele werden messbar formuliert – nicht messbare Ziele werden nicht formuliert? Und Letztlich die Rede um die Wirkungsorientierung: ist Soziale Arbeit nicht per se wirkungsorientiert?

Ursache und Wirkung?

In der anschliessenden Diskussion wurde deutlich, dass Fachpersonen, welche die Veränderungen seit den 90er Jahren miterlebt haben, eine positive Wirkung des New Public Management auf die

Entwicklung der soziokulturellen Arbeit feststellen. Aus Sicht der Kriso gilt es aber zu bedenken, dass der neoliberale Druck als Ursache für die Markt- und Leistungsorientierung in der Soziokultur keine fachliche Begründung ist. Die zunehmende Ökonomisierung der Sozialen Arbeit ist im Kontext der Sparmassnahmen und des gravierenden Sozialabbaus in ganz Europa zu sehen. Momentan steht es um die politische Akzeptanz der soziokulturellen Angebote in der Stadt Zürich nicht schlecht, doch was passiert, wenn sich der politische Wind ändert? NPM ist ein machtvoll Instrument. Die Soziale Arbeit steht unter ständigem Legitimations- und Handlungsdruck gegenüber der Politik. Soziale Arbeit muss den fachlichen und politischen Diskurs aktiv mitprägen, eine Zusammenarbeit mit Fachhochschulen anstreben und Wirkungsforschung betreiben. Auch wenn seit der Einführung des NPM viele Jahre vergangen sind, ist die Diskussion nicht weniger aktuell. Sie bezeichnet einen wichtigen Abschnitt im historischen Kontext, dessen Auswirkungen von der Sozialen Arbeit noch längst nicht überwunden sind.

Aktuelle Veranstaltungshinweise sind jeweils auf www.kriso.ch zu finden.



kriso
forum für kritische soziale arbeit